

Antrag 05

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

zur Tagung der Vollversammlung am 11.11.2021

der Wahlwerbenden Gruppe

FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

Parkraumbewirtschaftung in Wien - nicht nach Bezirksgrenzen unterteilen

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt:

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich dafür ein – wenn schon eine Parkraumbewirtschaftung angedacht werden soll –, dass auch alle WienerInnen in ganz Wien parken dürfen! Das heißt, dass ein für ganz Wien und nicht in Bezirke zerteiltes Parkpickerl für alle Wiener BewohnerInnen und in Wien angesiedelten Betriebe mit deren ArbeitnehmerInnen zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Wer ein bezirkweise unterteiltes Parkpickerl in Wien forciert, vergisst wieder einmal auf Menschen in besonderen Situationen

In Wien soll die Parkraumbewirtschaftung, das sogenannte „Parkpickerl“, ab März 2022 flächendeckend über gesamt Wien in alle Bezirke ausgedehnt werden. In einer erweiterten Zeitspanne von 9-22 Uhr dürfte mit Ausnahme des sogenannten „Parkpickerls“ dann nur noch in ganz Wien maximal 2 Stunden kostenpflichtig geparkt werden. In vielen Bezirken war bis jetzt eine maximale Abstelldauer von 3 Stunden vorgesehen. Für die meisten Bewohnerinnen und Bewohner soll das Parkpickerl zwar zusätzlich verteuert, jedoch trotzdem wieder nur bezirkweise nutzbar sein.

Die Parkplatz-Situation ist in mehreren Gebieten Wiens trotz des Parkpickerls und trotz des sogenannten Anwohner-Parkens nicht oder nur kurzzeitig entspannter geworden, sodass eine Ausdehnung auf gesamt Wien und Verlängerung der zeitlichen Ausdehnung ohne Aufhebung des Parkens innerhalb von Bezirksgrenzen diesen AnwohnerInnen nichts bringen wird. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass sich die Parkplatz-Situationen mit der Neuregelung in anderen Teilen verschärfen wird. Die finanziellen Belastungen jetzt in der Pandemie zu erhöhen, ist verantwortungslos.

Unter diesem Aspekt erscheint es, dass vor allem Druck aufgebaut werden soll, auf Öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad umzusteigen.

Dabei wird einerseits auf das Wetter (Regen, Kälte, rutschige Wege), aber vor allem auf all jene Menschen vergessen, die nicht so gut zu Fuß sind oder besondere Situationen bewältigen müssen.

Ältere oder bewegungseingeschränkte Menschen, die zu Fuß oder per Rad nicht mehr so fit sind oder sich - nicht ganz zu Unrecht - vor räuberischen Überfällen, fürchten, werden durch die Ausweitung des Parkpickerls bei gleichzeitiger Beibehaltung der Gültigkeit nur innerhalb der Bezirksgrenzen in ihrem Wirkungskreis weiter eingeschränkt.

Die zu Fuß zurückzulegenden Wege sind bei der Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln mitunter ziemlich weit, und bei so manchem Durchgang haben selbst junge, kräftige, wendige Menschen ein mulmiges Gefühl oder gar Angst.

Das Bewältigen von Arbeitswegen, Besuche privater oder kultureller Art oder ehrenamtliche Tätigkeiten werden so wieder ein Stück mehr erschwert bis verunmöglicht, auch angesichts von Parkscheinkosten von 1,10 EUR pro halber Stunde, die bei Abstellen des PKWs außerhalb des eigenen Bezirks fällig wären – zusätzlich zu den teils erhöhten Kosten für das Parkpickerl im eigenen Bezirk um 10 EUR/Monat.

Für Menschen mit Erkrankungen, auch wenn sie vorübergehend sind, wie z.B. ein verletztes Bein, sind sogar kurze Strecken zu Fuß oder mit den Öffis eine zum Teil nicht bewältigbare Herausforderung. Ein Fahrservice durch Bekannte wird durch die Parkraum-Wirtschaft jedoch erneut schwieriger und zwingt Betroffene zu teuren Taxifahrten.

Menschen, die andere Personen pflegen und sie mit Essen, gewaschener Wäsche und anderen Utensilien versorgen, erfahren durch die geplanten Ausweitungen des Parkpickerls weitere Erschwernisse und/oder neue Kosten.

Ein Parkausweis wird laut Sozialministeriumservice nur bei „Unzumutbarkeit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel wegen dauerhafter Mobilitätseinschränkung aufgrund einer Behinderung“ ausgestellt, nur für die behinderte Person selbst oder wenn diese transportiert wird. Das heißt, alle Menschen, die nur vorübergehend Mobilitätseingeschränkt sind – das kann allerdings auch wochen- oder monatelang sein – erfüllen nicht die Voraussetzungen für einen Parkausweis. Auch Angehörige, die pflegebedürftige Personen betreuen, haben keine Möglichkeit, einen Parkausweis für die Zeit der häuslichen Betreuung zu nutzen, sie müssen Parkscheine zahlen. Das geht ins Geld.

Haben die Verantwortlichen schon einmal den Weg von zu Hause zum Kindergarten, in die Arbeit, vielleicht auch noch zum Einkaufen und zur pflegenden Person und retour, ausgestattet mit jeweils schweren Taschen mit Öffis durch lange Gänge, treppauf und treppab, oder mit dem Fahrrad, bei jedem Wetter, angetreten? In den meisten Fällen liegen diese anzusteuern Orte nicht knapp nebeneinander und auch nicht im gleichen Bezirk. Oft sind sie auch nicht nur mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen, sondern erfordern mehrmaliges Umsteigen und Wartezeiten. Bzw. münden Radwege plötzlich in eine starkbefahrene Straße, queren Fahrbahnen oder es gibt gar keinen Radweg. Aber man darf ja gegen enge Einbahnstraßen radeln...

Auf all diese Menschen und Erfordernisse wird von Seiten der Stadtverwaltung scheinbar vergessen, es genügen wohl schöne Worte zu Wahlzeiten – das Leben erschwert und verteuert wird trotzdem.

Das bezirksweise Parkpickerl, kombiniert mit dem eingeschränkten Parken auf 2 Stunden, bewirkt auch, dass man das Fahrzeug nicht mehr einfach nach z.B. einer Abhol-Fahrt schwerer Gegenstände irgendwo stehenlassen kann und mittels Öffi die weiteren Wege erledigt, nein, das ist seit Jahren erschwert und wird nun de facto verunmöglicht, dass viele auch die weiteren Wege mit dem Auto erledigen müssen. In dieser Hinsicht bringt diese Maßnahme somit unnötig erhöhten PKW-Verkehr.

Viele Menschen werden somit in Gegenden oder Einrichtungen ausweichen, wo sie Parkmöglichkeiten vorfinden. Für die regionale Wiener Wirtschaft wie Geschäfte, Gastronomie, Hotellerie, Museen, usw., die keine eigenen Parkplätze zur Verfügung haben, könnte diese erneute Verschärfung der Parkraumbewirtschaftung, wie sie derzeit geplant ist, negative Auswirkungen haben. ■